

II-1517 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 862/13

1991-04-17

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Schmidt, Dr. Ofner, Mag. Haupt
an den Bundesminister für Justiz
betreffend drohende Schließung des Bezirksgerichtes Haugsdorf

Wie bereits seit längerem bekannt, gibt es in Niederösterreich 18 Bezirksgerichte, die von der Schließung bedroht sind, weil der Arbeitsanfall für die Beschäftigung eines Richters nicht ausreicht; dazu zählt unter anderem auch das Bezirksgericht Haugsdorf.

Die Anfragesteller möchten darauf hinweisen, daß die Schließung von Bezirksgerichten in strukturschwachen Gebieten über den schlechten Zugang zum Recht hinausgehende negative Auswirkungen hat. Sowohl Rechtsanwälte als auch Notare hängen vom Vorhandensein eines Gerichtes in einem großen Ausmaß ab. Die Schließung eines Bezirksgerichtes kann daher nicht nur für die dort direkt Beschäftigten Probleme schaffen, sie schwächt auch insgesamt die Infrastruktur des jeweiligen Gebietes und kann die Arbeitslosigkeit vieler Dienstnehmer in justiznahen Wirtschaftsbereichen nach sich ziehen.

In den letzten Wochen sind nunmehr Gerüchte aufgetaucht, daß das Bezirksgericht Haugsdorf geschlossen werden soll, weil der Landeshauptmann von Niederösterreich sich mit der Schließung aller 18 bedrohten Bezirksgerichte einverstanden erklärt hätte, wenn die Wiener Gerichtshöfen unterstellten Bezirksgerichte solchen in Niederösterreich zugeordnet würden.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Ist es richtig, daß das Bezirksgericht Haugsdorf geschlossen werden soll?
- 2) Wenn ja, wann soll dies erfolgen?
- 3) Ist es richtig, daß Landeshauptmann Ludwig sich mit der Schließung der 18 bedrohten Bezirksgerichte in Niederösterreich einverstanden erklärt hat, wenn die den Wiener Gerichtshöfen unterstellten Bezirksgerichte den Gerichtshöfen in Niederösterreich zugeordnet werden?